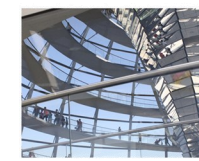




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

31. Mai 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

letzte Woche hat sich die Bundesregierung bei ihrer Klausursitzung in Meseberg auf einen Entwurf für ein **Integrationsgesetz** verständigt. Die „Meseberger Erklärung zur Integration“ kann man unter diesem Link finden: <http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/meseberger-erklaerung-zur-integration.pdf>

Der Entwurf wird schon diese Woche in den Bundestag eingebracht – mehr dazu auf Seite 2 dieses Newsletters. Außerdem beraten wir einen Gesetzentwurf zur **Regulierung des Prostitutionsgewerbes**, einen Gesetzentwurf zur **Bekämpfung des Menschenhandels** und einen gemeinsam mit der CDU/CSU und den Grünen eingebrachten Antrag, der das Gedenken und Erinnerung an den **Völkermord an den Armeniern ab 1915** zum Thema hat. Außerdem wird über eine Gesetzesänderung abgestimmt, die das Anbieten von **WLAN-Netzen** vereinfachen soll. Dazu mehr auf Seite 3!

Neuigkeiten gibt es auch in meinem **Wahlkreisbüro**: Mein Büroleiter Alexander Ludwig wechselt zur AWO nach Frankfurt und ab morgen arbeitet an seiner Stelle Meike Weber. Details im Kästchen links! Alle Kontaktdaten bleiben gleich.

Einen großen Teil der Sitzungswoche verbringe ich diesmal übrigens auf der ILA, der **Internationalen Luft- und Raumfahrtmesse** in Berlin-Schönefeld. Dort vernetzen sich Politik, Wirtschaft und Forschung aus dem Bereich – ich werde auch zahlreiche Unternehmen und Einrichtungen aus dem Wahlkreis treffen, schließlich ist das Thema bei uns groß!

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Euse / Ihre Brigitte Zypries

+++ Wechsel im Wahlkreisbüro +++

Alexander Ludwig hat 2,5 Jahre mein Darmstädter Bürgerbüro geleitet – viele von Ihnen/Euch kennen ihn. Nun tritt er zum 1. Juni eine **neue Stelle bei der AWO** in Frankfurt an. Das freut mich natürlich für ihn ganz persönlich – und für seinen Einsatz und seine Unterstützung sage ich heute „Herzlichen Dank!“

Neue Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis ist Meike Weber aus Ober-Ramstadt. Nach ihrem Studium der Geschichte und Philosophie hat sie zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Darmstadt im Bereich Stadtforschung und Mobilisierung geforscht. Sie hat jahrelange Erfahrung als Journalistin und in der Öffentlichkeitsarbeit – und ist eine erfahrene Wahlkämpferin. Ich freue mich sehr auf unsere Zusammenarbeit! **Alle Kontaktdaten in Darmstadt bleiben gleich:**

Bürgerbüro, Wilhelminenstraße 7a,
Tel. 06151 3605078,
brigitte.zypries.wk@bundestag.de.



+++ Tag der Organspende +++

„Richtig. Wichtig. Lebenswichtig“

Für viele Menschen ist eine Organspende der einzige Weg zu überleben: Auf den Wartelisten der europäischen Verteilungsorganisation Eurotransplant stehen derzeit etwa 11.000 Patientinnen und Patienten aus Deutschland – sie sind davon abhängig, dass jemand gefunden wird, dessen Organ ihnen übertragen werden kann. Zurzeit können Niere, Herz, Leber, Lunge, Bauchspeicheldrüse und Dünndarm nach dem Tod gespendet werden. Gleichzeitig sterben drei Menschen täglich, weil kein passendes Organ für sie gefunden wird.

Der „Tag der Organspende“ wirbt deshalb jedes Jahr am ersten Samstag im Juni für die Organspende und das Tragen eines Organpendeausweises: 71 Prozent der Deutschen wären grundsätzlich bereit, ihre Organe zu spenden – aber nur 35 Prozent der Befragten besitzen einen Ausweis. Dabei geht es ganz einfach: Spenderausweis online ausfüllen, ausdrucken und unter Umständen Leben retten:

http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/O/Organspende/Organspendeausweis_ausfuellbar.pdf

Das Integrationsgesetz wird auf den Weg gebracht

Letzte Woche haben sich Kanzlerin und Ministerinnen und Minister auf Schloss Meseberg zu einer Klausursitzung getroffen. Dort wurde auch der lang diskutierte **Entwurf eines Integrationsgesetzes** beschlossen.

Die SPD will so ein Gesetz schon sehr lange – ich freue mich, dass der Weg dafür jetzt bereit ist. Am Freitag wird es in erster Lesung beraten. Sprache, Bildung und Arbeit sind grundlegende Voraussetzungen, ohne die es nicht klappen wird: Wer die Sprache eines Landes nicht spricht, kann nirgends teilhaben, wer keine Arbeit findet, ist außen vor, wem Bildung und Ausbildung verstellt sind, wird es dauerhaft bleiben. **Das geplante Gesetz bündelt verschiedene Maßnahmen, um Geflüchtete besser zu integrieren. So soll den Menschen eine tatsächliche Aussicht auf einen Neustart in Deutschland gegeben werden, mit allen Rechten und Pflichten, die dazugehören.** Konkret:

Mit dem Gesetz wird der **Zugang zum Arbeitsmarkt** für Asylsuchende deutlich vereinfacht. Die Vorrangprüfung in Bezirken mit guter Arbeitsmarktlage wird befristet ausgesetzt. Asylsuchende können dort künftig eingestellt werden, ohne dass vorher umständlich geprüft werden muss, ob hierfür auch Deutsche zur Verfügung stünden. Darüber hinaus erleichtern wir den **Zugang zu Ausbildungsförderung** und schaffen mehr Rechtsicherheit bei der Berufsausbildung für beide Seiten – die Azubis und die Ausbilder: Wir haben durchgesetzt, dass geduldete Auszubildende künftig eine **Duldung für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung** erhalten. Für eine sich an die Ausbildung anschließende Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre erteilt („3+2 - Regelung“). Die bislang geltende Altersgrenze von 21 Jahren wird aufgehoben.

Die **Angebote zum Spracherwerb** werden nochmals deutlich ausgeweitet und Wartezeiten verkürzt. **Im Gegenzug fordert das Integrationsgesetz von Asylsuchenden das Erlernen der deutschen Sprache und eine aktive Teilnahme an den angebotenen Kursen ein.** Übrigens: Deutschlehrer von Flüchtlingen sollen künftig besser bezahlt werden – der Haushaltsausschuss des Bundestages hat der Anhebung des Mindestsatzes von 23 auf 35 Euro zugestimmt. Hoffentlich gewinnen wir dadurch mehr qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, denn schon jetzt gibt es zu wenig Lehrkräfte für die Integrationskurse.

Das Integrationsgesetz ist ein „Meilenstein“, heißt es immer wieder. Das stimmt. Aber was man über diesem Verhandlungserfolg nicht vergessen darf: **Deutschland braucht endlich ein Einwanderungsgesetz!** Wir müssen verbindliche Regeln schaffen für Menschen, die hier ein besseres Leben und Arbeit suchen. Die Einwanderung von Fachkräften muss besser gesteuert werden – auch und gerade im wirtschaftlichen Interesse unseres Landes. Das Integrationsgesetz kann ein erster Schritt dahin sein. Und genau das ist ja die Definition von „Meilenstein“: Eine Wegmarke auf der Strecke zu einem größeren Ziel!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:

Miguel Albertos (S. 2.)

Lina Kramer (S. 3)

Mehr Rechtssicherheit bei WLAN – der Weg für offene Netze wird bereitet!

Am Donnerstagmittag steht die abschließende Abstimmung über eine **Änderung des Telemediengesetzes (TMG)** auf der Tagesordnung.

Das Ziel: **Auch in deutschen Städten soll es bald möglich sein, mobiles Internet kostenlos und rechtssicher über WLAN anzubieten.**

In vielen anderen europäischen Ländern ist das viel verbreiteter als bei uns: In Cafés, auf öffentlichen Plätzen, im Zug oder auf dem Flughafen werden WLAN-Netze angeboten. Dass wir uns hier damit bisher so schwer tun, hat damit zu tun, dass die Betreiber eines solchen WLAN haftbar gemacht werden können, wenn ihre Kunden Rechtsverletzungen begehen – also etwa Urheberrechtsverstöße durch illegale Downloads. Verständlich, dass die Betreiber dieses Risiko nicht eingehen wollen.

Mit der Gesetzesänderung soll jetzt klargestellt werden, dass die WLAN-Betreiber nicht für den Inhalt der übermittelten Informationen verantwortlich sind. Damit werden sie rechtlich so behandelt wie sogenannte „Accessprovider“ und **es drohen ihnen künftig keine Abmahnungen** mehr. Das Wirtschaftsministerium erklärt das so: „Das bedeutet, dass jemand, der sein WLAN für Andere zur Nutzung frei gibt, den gleichen Haftungsprivilegien unterliegt wie z. B. die Deutsche Telekom. Zudem gilt die Regelung für alle gleichermaßen, d. h. es gibt keine Unterscheidung zwischen großen oder kleinen, gewerblichen oder privaten Anbietern. (...) Das Gesetz könnte im Herbst 2016 in Kraft treten. Danach können neue Geschäftsmodelle nahezu ohne Aufwand gestartet werden - auch bereits erfolgreich etablierte Geschäftsmodelle profitieren von der neuen gesetzlichen Grundlage.“

Freies WLAN ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur! Ich freue mich darauf, dass es bald soweit ist!

Eine Herausforderung bleibt die schwierige Bekämpfung von illegalen Inhalten im Internet. Es muss Verbesserungen für die **Rechtsdurchsetzung gegenüber Plattformen geben, deren einziges „Geschäftsmodell“ es ist, Urheberrechte zu verletzen.** Denn das ist keine clevere Geschäftsidee, sondern schlicht und einfach **illegales Ausbeuten der kreativen Ideen und der Arbeit von anderen.**

Eine Möglichkeit, solche Plattformen wirksam zu treffen, ist zum Beispiel, ihre Finanzquellen auszutrocknen: Es soll sichergestellt werden, dass sie keine legalen Werbeeinnahmen generieren können. Diese Möglichkeiten diskutieren wir diese Woche auch!